

ment si et comment d'éventuelles conséquences défavorables pourraient être évitées dans divers domaines du droit. En outre, il conviendra d'étudier si les possibilités anticipées de l'émancipation (art. 15 CC) et de la capacité de contracter mariage (art. 96, al. 2 CC) doivent être adaptées ou supprimées.

3. Appréciation de l'initiative quant à la forme

Comme nous l'avons indiqué plus haut, des questions complexes devront être résolues en rapport avec l'abaissement de l'âge de la majorité civile. Il faudra que, dans le cadre d'une procédure de consultation, les milieux intéressés aient l'occasion de se prononcer sur les questions soulevées, en se fondant sur un rapport.

Pour ce qui est de la forme, la commission est d'avis que, dans ces conditions, il serait plus opportun d'opter pour une motion chargeant le Conseil fédéral d'élaborer un projet, plutôt que pour une initiative parlementaire en vertu de laquelle le Conseil national ou la commission compétente devrait rédiger de son propre chef un projet de révision de la loi.

En voulant jusqu'à présent lier la question de l'abaissement de l'âge de la majorité civile à d'autres projets de révision du CC, le Conseil fédéral a manifestement retardé cet objet relativement simple par rapport aux autres projets qui sont en cours (cf. ch. 11). La motion proposée par la commission demande donc expressément que l'abaissement de l'âge de la majorité civile fasse l'objet d'un projet séparé.

Antrag der Kommission

Die Kommission hat mit 11 zu 0 Stimmen bei 5 Enthaltungen beschlossen, dem Nationalrat zu beantragen, der parlamentarischen Initiative sei keine Folge zu geben.

Die Kommission beantragt einstimmig, ihre Motion zu überweisen, die das Anliegen des Initianten aufnimmt.

Proposition de la commission

Par 11 voix contre zéro et 5 abstentions, la commission a décidé de demander au Conseil national de ne pas donner suite à cette initiative parlementaire.

La commission propose par 16 voix et sans opposition de transmettre sa motion, cette dernière reprenant le point de vue de l'auteur de l'initiative.

Ad 89.229

Motion der Kommission

Mündigkeits- und Ehemündigkeitsalter 18

Motion de la commission

Majorité civile et capacité de contracter mariage à 18 ans

Wortlaut der Motion vom 14. November 1989

Der Bundesrat wird beauftragt, einen separaten Entwurf zur Revision des Zivilgesetzbuches vorzulegen, wonach die Mündigkeit und Ehemündigkeit erhält, wer das 18. Altersjahr vollendet hat.

Texte de la motion du 14 novembre 1989

Le Conseil fédéral est chargé de présenter, dans le cadre de la révision du Code civil, un projet séparé, selon lequel la majorité civile et la capacité de contracter mariage sont fixées à 18 ans révolus.

Ruf: Zunächst möchte ich Ihnen ganz herzlich danken für Ihre grossmehrheitliche Unterstützung des Anliegens, den 1. August zu einem arbeitsfreien Bundesfeiertag in diesem Lande zu machen. Ich danke vor allem jenen ganz herzlich, die dabei vielleicht über einen parteipolitischen Schatten springen mussten. Es geht hier um die Sache.

Es ist Zufall, dass heute drei parlamentarische Initiativen von mir traktandiert sind. Diese hier gilt der Senkung des Mündig-

keits- und Ehemündigkeitsalters auf 18 Jahre. Sie wissen, die Kommission lehnt die Initiative zwar ab, empfiehlt aber einstimmig, eine entsprechende Motion an den Bundesrat zu überweisen. Mir ist nicht bekannt, dass diese Motion bestritten würde. Sollte sie also oppositionslos überwiesen werden, würde ich meine parlamentarische Initiative zurückziehen.

Motion der Kommission

Motion de la commission

Präsident: Wir behandeln die Motion zuerst. Der Bundesrat ist bereit, die Motion entgegenzunehmen. Wird sie aus der Mitte des Rates bestritten? – Das ist nicht der Fall.

Überwiesen – Transmis

Präsident: Der Initiant zieht damit seine Initiative zurück.

85.242

Parlamentarische Initiative

(Ruf)

Asylgesetz. Revision

Initiative parlementaire

(Ruf)

Loi sur l'asile. Révision

Kategorie V, Art. 68 GRN – Catégorie V, art. 68 RCN

Wortlaut der Initiative vom 4. Oktober 1985

Die eidgenössischen Räte werden ersucht, das Asylgesetz vom 5. Oktober 1979 (SR 142.31) wie folgt zu revidieren:

1. Kapitel: Grundsätze

Art. 2

Titel

Asylgewährung

Abs. 1

Die Schweiz kann Flüchtlingen aus dem europäisch-abendländischen Kulturkreis auf Gesuch hin nach diesem Gesetz Asyl gewähren.

Abs. 2

Die Aufnahme von Flüchtlingen wird den jährlich vom Bund festgelegten Einwanderungskontingenten angerechnet und darf diese nicht übersteigen.

Art. 3

Titel

Der Begriff «Flüchtling»

Abs. 1

Flüchtlinge sind Ausländer, die in ihrem Heimatstaat oder im Land, wo sie zuletzt ansässig waren, wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihren politischen Anschauungen ernsthaften Nachteilen ausgesetzt sind.

Abs. 2

Als ernsthafte Nachteile gelten die Gefährdung von Leib, Leben und Freiheit.

Abs. 3

Unverändert

Art. 5

ersatzlos streichen

Art. 6

Titel

Aufnahme in einem Drittstaat

Abs. 1

Das Asylgesuch eines Ausländers wird abgelehnt, a. wenn er in einem andern Staat aufgenommen worden ist, b. wenn er sich vor seiner Einreise einige Zeit in einem Drittstaat aufgehalten hat, in den er zurückkehren kann;

c. wenn er in einen Drittstaat ausreisen kann, in dem Angehörige oder Personen leben, zu denen er enge Beziehungen hat.

Abs. 2

Das Asylgesuch eines Ausländers, der sich im Ausland befindet, wird abgelehnt, wenn es ihm zugemutet werden kann, sich in einem andern Staat um Aufnahme zu bemühen.

Art. 7

Titel

Familienvereinigung

Abs. 1

Unverändert

Abs. 2

Ersatzlos streichen

Art. 8

Titel

Asylunwürdigkeit und Gefährdung der Staatssicherheit

Abs. 1

Einem Ausländer wird kein Asyl gewährt,

a. wenn er nicht aus dem europäisch-abendländischen Kulturkreis stammt;

b. wenn er wegen eines Verbrechens oder Vergehens verurteilt worden ist;

c. wenn er die innere oder die äussere Sicherheit der Schweiz verletzt hat oder gefährdet;

d. wenn er illegal in die Schweiz eingereist ist.

Abs. 2

Wird das Asylgesuch offensichtlich missbräuchlich gestellt oder liegt offensichtliche Asylunwürdigkeit gemäss Absatz 1 vor, so wird auf das Gesuch nicht eingetreten.

Art. 9

Titel

Asylgewährung in Ausnahmesituationen

Abs. 1

In Zeiten erhöhter internationaler Spannungen oder bei Ausbruch eines bewaffneten Konfliktes, an dem die Schweiz nicht beteiligt ist, sowie bei erhöhtem Zustrom von Asylgesuchstellern in Friedenszeiten, der die Aufnahmemöglichkeiten des Bundes und der Kantone übersteigt, gewährt sie Flüchtlingen so lange Asyl, als dies im Landesinteresse verantwortlich und nach den Umständen möglich ist.

Abs. 2 – 4

Unverändert

Art. 9a

Titel

Vorbereitende Massnahmen der Kantone

Abs. 1

Die Kantone treffen im Hinblick auf Ausnahmesituationen vorbereitende Massnahmen. Sie sehen die erforderliche Organisation für die ihnen obliegenden Aufgaben vor.

Abs. 2

Das Departement erstellt eine Betreuungskonzeption und unterstützt die Kantone in ihren Vorbereitungen.

2. Kapitel: Verfahren

2. Abschnitt: Asylgesuch an der Grenze oder im Inland

Art. 15

Titel

Verfahren im Kanton

Abs. 1, 2

Unverändert

Abs. 3

Der Gesuchsteller wird vorgängig auf seine Rechte hingewiesen.

Abs. 4

Jeder Gesuchsteller wird zu seiner Identifizierung und Individualisierung erkennungsdienstlich erfasst.

Abs. 5

Die kantonale Behörde überweist die Akten alsdann dem Bundesamt. Dieses sorgt dafür, dass die erkennungsdienstlichen Ergebnisse den übrigen Kantonen umgehend zu Vergleichszwecken zur Verfügung stehen.

Art. 16

Titel

Verfahren vor dem Bundesamt

Abs. 1

Das Bundesamt entscheidet aufgrund der Akten.

Abs. 2

Nötigenfalls kann es den Sachverhalt in Ausnahmefällen zusätzlich abklären und den Gesuchsteller persönlich befragen.

Abs. 3 – 6

Fallen weg

4. Abschnitt: Stellung während des Asylverfahrens

Art. 19

Titel

Grundsatz

Abs. 1

Wer ein Asylgesuch in der Schweiz gestellt hat, steht bis zum Abschluss des Verfahrens unter dem Schutz des Schweizer Rechts, sofern sein Gesuch nicht offensichtlich missbräuchlicherweise gestellt wurde und nicht offensichtliche Asylunwürdigkeit (Art. 8) vorliegt. Der Gesuchsteller hat jedoch keinen Anspruch darauf, sich während dieser Zeit in der Schweiz aufzuhalten. Er wird weggewiesen, wenn ihm die Weiterreise in einen Drittstaat möglich und zumutbar ist, namentlich wenn er sich dort vor der Einreise in die Schweiz einige Zeit aufgehalten hat oder dort nahe Angehörige oder andere Personen leben, zu denen er enge Beziehungen hat.

Abs. 2

Unverändert

Abs. 3

Fällt weg

Art. 19a

Titel

Mitwirkungspflicht und Zustelldomizil

Abs. 1

Der Gesuchsteller, der sich in der Schweiz aufhält, ist verpflichtet, sich während des Verfahrens den kantonalen Behörden oder dem Bundesamt zur Verfügung zu halten. Er hat seine Adresse und jede Aenderung der kantonalen Behörde mitzuteilen.

Abs. 2

Eine Zustellung oder Mitteilung an die letzte Adresse des Gesuchstellers oder den von ihm bezeichneten Vertreter ist rechtsgültig, selbst wenn die Sendung als unzustellbar zurückkommt.

Abs. 3

Die kantonale Behörde weist den Gesuchsteller auf diese Zustellungsvorschriften hin.

Art. 20

Titel

Aufenthaltort, Unterhalt und Unterbringung

Abs. 1

Das Bundesamt oder die kantonalen Behörden weisen den Gesuchsteller in ein Transferzentrum ein.

Abs. 2

Wenn der Gesuchsteller seinen Unterhalt nicht aus eigenen Mitteln bestreiten kann und auch Dritte nicht für ihn aufkommen, erhält er vom Kanton die nötigen Naturalleistungen sowie Gutscheine, jedoch kein Taschengeld, für die persönlichen Bedürfnisse.

Art. 20a

Titel

Bundesbeiträge

Wortlaut

Der Bund vergütet dem Kanton für jeden Gesuchsteller die während des Verfahrens entstandenen Fürsorgeauslagen.

Art. 21

Titel

Beschäftigung

Abs. 1

Der Gesuchsteller wird im Rahmen der Zentrumsgemeinschaft zu regelmässiger Arbeit im Dienste gemeinnütziger Aufgaben eingesetzt.

Abs. 2

Die Arbeitsleistung erfolgt unentgeltlich und gilt als Kompensation für den Aufwand des Gastlandes während des Asylverfahrens.

Abs. 3
Während des Asylverfahrens ist dem Gesuchsteller jegliche Erwerbstätigkeit untersagt.

Art. 21a

Titel

Wegweisung bei Asylverweigerung

Abs. 1

Wird auf das Asylgesuch nicht eingetreten (Art. 8 Abs. 2), so wird die Wegweisung vom Bundesamt verfügt und durch den Aufenthaltskanton unverzüglich vollzogen. Wird das Asylgesuch abgelehnt, so verfügt das Bundesamt die Wegweisung aus der Schweiz, die vom Aufenthaltskanton innert 30 Tagen zu vollziehen ist.

Abs. 2

Die Wegweisung erfolgt grundsätzlich in den Heimatstaat. Ist dies nicht zumutbar, wird der Betroffene in ein dafür sich bereit findendes Drittland (insbesondere gemäss Art. 6 Abs. 1; wenn möglich in seinem eigenen Kulturkreis) oder in ein internationales Flüchtlingslager überstellt.

Abs. 3

Der Aufenthaltskanton meldet den Vollzug unverzüglich dem Bundesamt.

Art. 21b

Titel

Ausreisekosten

Wortlaut

Der Bund übernimmt die mit der Ausreise verbundenen Kosten von mittellosen Gesuchstellern und mittellosen Asylbewerbern, deren Asylgesuch abgelehnt wurde.

5. Abschnitt: Aufnahme von Gruppen

Art. 22, 23

Ersatzlos streichen

3. Kapitel: Rechtsstellung der Flüchtlinge

Art. 27

Titel

Erwerbstätigkeit

Abs. 1

Einem Flüchtling, dem die Schweiz Asyl gewährt hat, wird eine Erwerbstätigkeit sowie der Stellen- und Berufswechsel entsprechend seinem Aufenthaltsstatus bewilligt.

Abs. 2

Der erwerbstätige Flüchtling wird dem Fremdarbeiterkontingent angerechnet.

Art. 28

Titel

Niederlassung

Wortlaut

Der Flüchtling, der sich seit mindestens zehn Jahren ordnungsgemäss in der Schweiz aufhält und gegen den kein Ausweisungsgrund vorliegt, hat Anspruch auf die Niederlassungsbewilligung.

Art. 30

Titel

Sozialversicherungen

Abs. 1

Bisheriger Text wird Absatz 1

Abs. 2

Der notwendige finanzielle Ausgleich der Sozialversicherungswerke wird durch Sonderbeiträge des Bundes sichergestellt.

4. Kapitel: Fürsorge

2. Abschnitt: Fürsorgeleistungen

Art. 36

Titel

Verfahren

Abs. 1

Unverändert

Abs. 2

Der Flüchtling kann den Entscheid des Hilfswerkes an das Bundesamt weiterziehen, das endgültig entscheidet.

Abs. 3

Unverändert

Art. 37

Titel

Ausrichtung

Abs. 1

Fürsorgeleistungen werden nach den für Schweizer Bürger geltenden Grundsätzen ausgerichtet.

Abs. 2

Unverändert

Art. 38

Titel

Ausschlussgründe

Abs. 1

Unverändert

Abs. 2

Organisationen und Privatpersonen, die Flüchtlinge in die Schweiz eingeladen haben, kommen vollumfänglich selbst für diese auf.

Art. 40

Titel

Rückerstattung

Abs. 1

Unverändert

Abs. 2

Wenn der Empfänger von Fürsorgeleistungen nachträglich in den Besitz von Mitteln gelangt und für ihn und seine Familie ein Lebensunterhalt entsprechend dem betriebsrechtlichen Existenzminimum gesichert ist, muss er die erhaltenen Fürsorgeleistungen zurückerstatten.

Abs. 3

Der Flüchtling muss die Fürsorgeleistungen, die er vor dem vollendeten 20. Altersjahr oder die er für seine Ausbildung bezogen hat, nur dann zurückerstatten, wenn er in der Schweiz bleibt und hier eine Erwerbstätigkeit ausübt.

Abs. 4

Der Anspruch auf Rückerstattung verjährt zwei Jahre nachdem das Bundesamt davon Kenntnis erhalten hat, in jedem Fall aber zehn Jahre nach seiner Entstehung. Die Höhe der Rückerstattungsforderung wird der eingetretenen Inflation angepasst.

Abs. 5

Unverändert

5. Kapitel: Beendigung des Asyls

Art. 41

Titel

Widerruf

Abs. 1, 2

Unverändert

Abs. 3

Die Aberkennung der Flüchtlingseigenschaft erstreckt sich auch auf den Ehegatten und die Kinder.

Art. 42

Titel

Wohnsitzverlegung ins Ausland

Wortlaut

Das Asyl in der Schweiz erlischt, wenn sich der Flüchtling während mehr als einem Jahr im Ausland aufgehalten hat oder wenn er in einem anderen Land Asyl oder die Bewilligung zum dauernden Verbleiben erhalten hat.

Abs. 2

Ersatzlos streichen

Art. 43

Titel

Ausweisung

Abs. 1

Ein Flüchtling, dem die Schweiz Asyl gewährt hat, wird in bezug auf die Ausweisung gemäss seinem Aufenthaltsstatus behandelt.

Abs. 2

Unverändert

Art. 44

Titel

Entscheid

Wortlaut

Das Bundesamt entscheidet als erste, das Departement als zweite und letzte Instanz über die Beendigung des Asyls.

Art. 45*Titel*

Grundsatz der Nichtrückweisung

Abs. 1

Der anerkannte Flüchtling darf nicht zur Ausreise in ein Land gezwungen werden, in dem sein Leib, sein Leben oder seine Freiheit aus einem Grund nach Artikel 3 Absatz 1 gefährdet sind.

Abs. 2

Auf diese Bestimmung kann sich eine Person nicht berufen, wenn Gründe dafür vorliegen, dass sie die Sicherheit der Schweiz gefährdet, oder wenn sie als gemeingefährlich gelten muss, weil sie wegen eines schweren Verbrechens oder Vergehens rechtskräftig verurteilt worden ist.

6. Kapitel: Rechtsschutz**Art. 47***Titel*

Beschwerdebehörden

Abs. 1

Unverändert

Abs. 2

Die Beschwerde gegen Verfügungen und Beschwerdeentscheide von Bundesbehörden oder letzten kantonalen Instanzen richtet sich nach den allgemeinen Bestimmungen über die Bundesrechtspflege. Die Artikel 11 Absatz 2, 17 Absatz 2, 19 Absatz 2, 21a Absatz 1, 36 Absatz 2 und 44 dieses Gesetzes bleiben vorbehalten.

Art. 48*Titel*

Internationale Zusammenarbeit

Wortlaut

Der Bund beteiligt sich an der Lösung von Flüchtlingsproblemen auf internationaler Ebene. Er unterstützt internationale Hilfswerke bei ihrer Tätigkeit.

Art. 49*Titel*

Beratende Kommission

Wortlaut

Der Bundesrat setzt eine beratende Kommission für Flüchtlingsfragen ein. Ihre Zusammensetzung hat den verschiedenen Strömungen im Schweizervolk Rechnung zu tragen.

8. Kapitel: Schlussbestimmung

Schlussbestimmungen dieser Gesetzesänderung

Für die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Gesetzesänderung hängigen Verfahren gilt das neue Recht.

Texte de l'initiative parlementaire du 4 octobre 1985

Les Chambres fédérales sont invitées à modifier comme il suit la loi du 5 octobre 1979 sur l'asile (RS 142.31):

Chapitre 1er: Principes

Art. 2*Titre*

Octroi de l'asile

Al. 1

La Suisse peut accorder sur demande l'asile à des réfugiés de culture occidentale européenne, conformément aux dispositions de la présente loi.

Al. 2

Le nombre de réfugiés accueillis est imputé au contingent d'immigration fixé chaque année par la Confédération et ne doit pas le dépasser.

Art. 3*Titre*

Définition du terme «réfugié»

Al. 1

Sont des réfugiés les étrangers qui, dans leur pays d'origine ou le pays de leur dernière résidence, sont exposés à de sérieux préjudices en raison de leur race, de leur religion, de leur nationalité, de leur appartenance à un groupe social déterminé ou de leurs opinions politiques.

Al. 2

Sont considérés comme sérieux préjudices la mise en danger de la vie, de l'intégrité corporelle ou de la liberté.

Al. 3

Inchangé

Art. 5

Biffer

Art. 6*Titre*

Admission dans un pays tiers

Al. 1

La demande d'asile présentée par un étranger est rejetée:

- a. s'il a été accueilli dans un autre pays;
- b. si, avant d'entrer en Suisse, il a séjourné quelque temps dans un pays tiers où il peut retourner;
- c. s'il peut se rendre dans un pays tiers où vivent de proches parents ou d'autres personnes avec lesquelles il a d'étroites attaches.

Al. 2

La demande d'asile présentée par une personne se trouvant à l'étranger est rejetée lorsque l'on est en droit d'attendre de cette personne qu'elle s'efforce de se faire admettre dans un autre pays.

Art. 7*Titre*

Regroupement familial

Al. 1

Inchangé

Al. 2

Biffer

Art. 8*Titre*

Indignité et mise en danger de la sûreté de l'Etat

Al. 1

L'asile n'est pas accordé à l'étranger

- a. qui n'est pas de culture occidentale européenne;
- b. qui a été condamné pour un crime ou un délit;
- c. qui a porté atteinte à la sûreté intérieure ou extérieure de la Suisse ou qui la compromet;
- d. qui est entré illégalement en Suisse.

Al. 2

La demande d'asile est déclarée irrecevable lorsqu'elle est manifestement abusive ou que le requérant n'est manifestement pas digne, pour l'un des motifs mentionnés au 1er alinéa, de se voir accorder l'asile.

Art. 9*Titre*

Octroi de l'asile dans des circonstances exceptionnelles

Al. 1

En période de tension internationale grave, en cas de conflit armé dans lequel la Suisse n'est pas engagée ou lorsque, en temps de paix, l'afflux de demandeurs d'asile est tel qu'il dépasse les possibilités d'accueil de la Confédération et des cantons, la Suisse accorde l'asile à des réfugiés aussi longtemps que cela n'est pas contraire à l'intérêt du pays et que les circonstances le permettent.

Al. 3 - 4

Inchangés

Art. 9a*Titre*

Mesures préparatoires des cantons

Al. 1

Les cantons prennent des mesures préparatoires en prévision de situations exceptionnelles. Ils prévoient l'organisation nécessaire pour pouvoir assumer les tâches qui leur incombent.

Al. 2

Le département élabore une conception relative à l'assistance et aide les cantons dans leurs travaux préparatoires.

Chapitre 2: Procédure

Section 2: Demande d'asile présentée à la frontière ou dans le pays

Art. 15*Titre*

Procédure dans le canton

Al. 1, 2

Inchangés

- Al. 3*
Le requérant est avisé à l'avance de ses droits.
- Al. 4*
L'autorité cantonale établit une fiche anthropométrique pour chaque requérant afin de permettre son identification.
- Al. 5*
Elle transmet ensuite le dossier à l'office fédéral. Celui-ci veille à ce que les données anthropométriques soient immédiatement communiquées aux autres cantons, à des fins de comparaison.
- Art. 16*
Titre
Procédure devant l'office fédéral
- Al. 1*
L'office fédéral statue sur la base du dossier.
- Al. 2*
Au besoin, il peut procéder, dans des cas exceptionnels, à une enquête complémentaire afin d'établir les faits et entendre le requérant en personne.
- Al. 3 – 6*
Supprimés
- Section 4: Statut pendant la procédure d'asile
- Art. 19*
Titre
Principe
- Al. 1*
La personne qui a présenté une demande d'asile en Suisse reste sous la protection du droit suisse jusqu'à la fin de la procédure, pour autant que la demande ne soit pas manifestement abusive et que la personne ne soit pas manifestement indigne de l'asile (art. 8). Cependant, le fait qu'une procédure est en cours ne lui donne pas le droit de séjourner en Suisse. Elle est renvoyée si un départ à destination d'un pays tiers est possible et peut raisonnablement être exigé d'elle, notamment si, avant de venir en Suisse, elle a séjourné quelque temps dans ce pays ou si de proches parents ou d'autres personnes avec lesquelles elle a d'étroites attaches y vivent.
- Al. 2*
Inchangé
- Al. 3*
Supprimé
- Art. 19a*
Titre
Devoir de coopérer et adresse pour les notifications
- Al. 1*
Pendant la procédure, le requérant qui séjourne en Suisse doit se tenir à la disposition de l'autorité cantonale ou de l'office fédéral. Il a l'obligation de communiquer à l'autorité cantonale son adresse ainsi que tout changement.
- Al. 2*
Une notification ou une communication envoyée à la dernière adresse connue du requérant ou du représentant qu'il a désigné est juridiquement valable, même si l'envoi vient en retour parce qu'il n'a pas pu être remis au destinataire.
- Al. 3*
L'autorité cantonale avertit le requérant de ces prescriptions relatives à la notification.
- Art. 20*
Titre
Lieu de séjour, entretien et logement
- Al. 1*
L'office fédéral ou les autorités cantonales placent le requérant dans un centre de transfert.
- Al. 2*
Si le requérant n'est pas en mesure de subvenir à son entretien par ses propres moyens et si aucun tiers ne le fait, il reçoit du canton, pour ses besoins personnels, les prestations en nature nécessaires ainsi que des bons, mais pas d'argent de poche.
- Art. 20a*
Titre
Subventions fédérales
- Texte*
La Confédération rembourse aux cantons les frais d'assistance que le requérant a occasionnés durant la procédure.
- Art. 21*
Titre
Occupation
- Al. 1*
Le requérant est affecté de façon suivie à un travail d'utilité collective dans le cadre du centre communautaire.
- Al. 2*
Le travail fourni n'est pas rétribué; il est considéré comme une compensation pour les dépenses du pays hôte pendant la procédure d'asile.
- Al. 3*
Il est interdit au requérant d'exercer une activité lucrative quelconque pendant la procédure d'asile.
- Art. 21a*
Titre
Renvoi lors du refus de l'asile
- Al. 1*
Lorsque la demande d'asile est déclarée irrecevable (art. 8, 2e al.), l'office fédéral décide le renvoi, qui est exécuté sans délai par le canton de séjour. Lorsque la demande d'asile est rejetée, l'office fédéral décide le renvoi de Suisse, qui doit être exécuté par le canton de séjour dans un délai de 30 jours.
- Al. 2*
En règle générale, la personne touchée par cette mesure est renvoyée dans son pays d'origine. Si cela ne peut être raisonnablement exigé, elle est transférée dans un pays tiers qui est prêt à la recevoir (notamment au sens de l'art. 6, 1er al.; si possible dans un pays relevant de la même culture) ou dans un camp international de réfugiés.
- Al. 3*
Le canton de séjour informe immédiatement l'office fédéral de l'exécution du renvoi.
- Art. 21b*
Titre
Frais de voyage
- Texte*
La Confédération prend à sa charge les frais de voyage des demandeurs d'asile indigents qui quittent la Suisse et des personnes indigentes dont la demande d'asile a été rejetée.
- Section 5: Admission de groupes de réfugiés
- Art. 22, 23*
Biffer
- Chapitre 3: Statut des réfugiés
- Art. 27*
Titre
Activité lucrative
- Al. 1*
Le réfugié auquel la Suisse a accordé l'asile est autorisé à exercer une activité lucrative et à changer de place et de profession, selon le statut qui régit son séjour.
- Al. 2*
Le réfugié exerçant une activité lucrative est imputé au contingent de travailleurs étrangers.
- Art. 28*
Titre
Etablissement
- Texte*
Le réfugié qui séjourne régulièrement en Suisse depuis dix ans au moins a droit au permis d'établissement si aucun motif d'expulsion ne s'y oppose.
- Art. 30*
Titre
Assurances sociales
- Al. 1*
Le texte actuel devient le 1er alinéa
- Al. 2*
La Confédération verse aux assurances sociales des contributions spéciales à titre d'indemnités compensatrices.

Chapitre 4: Assistance

Section 2: Prestations d'assistance

Art. 36

Titre

Procédure

Al. 1

Inchangé

Al. 2

Le réfugié peut déférer la décision de l'oeuvre d'entraide à l'office fédéral, qui statue définitivement.

Al. 3

Inchangé

Art. 37

Titre

Allocation des prestations

Al. 1

Les prestations d'assistance sont allouées d'après les principes applicables aux citoyens suisses.

Al. 2

Inchangé

Art. 38

Titre

Motifs d'exclusion

Al. 1

Inchangé

Al. 2

Les organisations et les particuliers qui ont invité des réfugiés à venir en Suisse subviennent eux-mêmes à tous les besoins de ceux-ci.

Art. 40

Titre

Remboursement

Al. 1

Inchangé

Al. 2

Si la personne qui a reçu des prestations d'assistance revient par la suite à meilleure fortune et si son entretien et celui de sa famille sont assurés au niveau du minimum vital, au sens de la loi sur la poursuite, elle doit rembourser ces prestations.

Al. 3

Le réfugié ne doit pas rembourser les prestations d'assistance qu'il a reçues avant l'âge de vingt ans révolus ou en vue de sa formation professionnelle, s'il reste en Suisse et y exerce une activité lucrative.

Al. 4

Le droit au remboursement se prescrit par deux ans à compter du jour où l'office fédéral en a eu connaissance, mais, dans tous les cas, par dix ans dès la naissance de ce droit. Les montants à rembourser sont adaptés au renchérissement.

Al. 5

Inchangé

Chapitre 5: Fin de l'asile

Art. 41

Titre

Révocation

Al. 1, 2

Inchangés

Al. 3

Le retrait de la qualité de réfugié s'étend au conjoint et aux enfants du réfugié.

Art. 42

Titre

Transfert du domicile à l'étranger

Al. 1

L'asile en Suisse prend fin lorsque le réfugié a séjourné pendant plus d'un an à l'étranger ou qu'il a obtenu dans un autre pays l'asile ou l'autorisation d'y résider à demeure.

Al. 2

Biffer

Art. 43

Titre

Expulsion

Al. 1

En ce qui concerne l'expulsion, un réfugié auquel la Suisse a

accordé l'asile est traité conformément au statut qui régit son séjour.

Al. 2

Inchangé

Art. 44

Titre

Décision

Texte

L'office fédéral décide en première, le département en deuxième et dernière instance sur la fin de l'asile.

Art. 45

Titre

Principe du non-refoulement

Al. 1

La personne à laquelle on a accordé le statut de réfugié ne peut être contrainte de se rendre dans un pays où sa vie, son intégrité corporelle ou sa liberté serait menacée pour l'un des motifs mentionnés à l'article 3, 1er alinéa.

Al. 2

Le bénéfice de la présente disposition ne peut toutefois pas être invoqué par une personne lorsqu'il y a des raisons d'admettre qu'elle compromet la sûreté de la Suisse ou lorsque, ayant été condamnée par un jugement passé en force à la suite d'un crime ou délit grave, elle doit être considérée comme dangereuse pour la communauté.

Chapitre 6: Protection juridique

Art. 47

Titre

Autorités de recours

Al. 1

Inchangé

Al. 2

Le recours contre les décisions et les prononcés sur recours d'autorités fédérales et contre les décisions cantonales de dernière instance est régi par les dispositions générales de la procédure fédérale. Les articles 11, 2e alinéa, 17, 2e alinéa, 19, 2e alinéa, 21a, 1er alinéa, 36, 2e alinéa et 44 de la présente loi sont réservés.

Art. 48

Titre

Collaboration internationale

Texte

La Confédération participe aux efforts entrepris sur le plan international pour résoudre les problèmes relatifs aux réfugiés. Elle soutient l'activité des oeuvres d'entraide internationales.

Art. 49

Titre

Commission consultative

Texte

Le Conseil fédéral institue une commission consultative pour les questions relatives aux réfugiés. La composition de celle-ci doit refléter les différentes tendances qui se font jour dans la population suisse.

Chapitre 8: Dispositions finales

Disposition finale de la présente modification de la loi

Les procédures pendantes à la date d'entrée en vigueur de la présente modification de la loi sont régies par le nouveau droit.

Herr **Fischer-Hägglingen** unterbreitet im Namen der Kommission den folgenden schriftlichen Bericht:

1. Am 4. Oktober 1985 reichte Nationalrat Ruf eine parlamentarische Initiative in der Form des ausgearbeiteten Entwurfes ein. Er unterbreitet den Räten eine umfassende Teilrevision des Asylgesetzes mit dem Ziel, eine restriktivere Asylpolitik des Bundes einzuführen.

2. Die mit der Vorberatung von Fragen der Asylpolitik betraute Kommission gab am 29. April 1986 dem Initianten Gelegenheit, zu seinem Vorstoss Stellung zu nehmen (Artikel 21 quinquies des Geschäftsverkehrsgesetzes).

Nationalrat Ruf wies in der mündlichen Stellungnahme auf seine Ausführungen zum Rückweisungsantrag und den ein-

zeln Anträgen bei der Beratung des revidierten Asylgesetzes hin (vgl. Amtliches Bulletin NR 1986, S. 257ff.) sowie auf die Begründung seiner parlamentarischen Initiative betreffend ein Moratorium für die Aufnahme von Flüchtlingen (85.226 Amtliches Bulletin NR 1985, S. 1468ff.).

3. Die Kommission stellt fest, dass die Vorschläge von Nationalrat Ruf bei der Beratung des revidierten Asylgesetzes im Rat eingebracht und diskutiert wurden. Dieser hat somit zu den Anliegen des Initianten bereits Stellung genommen. Aus diesem Grund hat die Kommission beschlossen, der parlamentarischen Initiative keine Folge zu geben. Sie erachtet es auch nicht als angebracht, die Anträge des Initianten in der Form eines Vorstosses einzubringen.

M. Fischer-Hägglingsen, au nom de la commission, présente le rapport écrit suivant:

1. Le 4 octobre 1985, le conseiller national Ruf a déposé une initiative parlementaire sous la forme d'un projet rédigé de toutes pièces. Il soumet aux Chambres un vaste projet de révision partielle de la loi sur l'asile, qui vise à introduire une politique de la Confédération plus restrictive en matière d'asile.

2. Le 29 avril 1986, la commission chargée de l'examen préalable des questions touchant à la politique de l'asile a donné à l'auteur de l'initiative l'occasion de commenter son intervention (art. 21 quinquies LREC).

Dans son exposé oral, le conseiller national Ruf a rappelé les explications qu'il avait données concernant la proposition de renvoi et les diverses propositions faites lors du débat relatif à la révision de la loi sur l'asile (cf. B.off. N 1986, E 257 ss) ainsi que l'exposé des motifs qu'il a fourni à l'appui de son initiative parlementaire concernant un moratoire dans l'accueil des réfugiés (85.226 B.off. N 1985, E 1468 ss).

3. La commission relève que les propositions du conseiller national Ruf ont été présentées au conseil et discutées lors du débat sur la révision de la loi sur l'asile. Le conseil s'est donc déjà prononcé sur les demandes de l'auteur de l'initiative.

C'est pourquoi la commission a décidé de ne pas donner suite à cette initiative parlementaire. Elle n'estime pas non plus indiqué de reprendre les propositions de l'auteur de l'initiative en déposant une intervention.

Antrag der Kommission

Die Kommission beantragt einstimmig, der parlamentarischen Initiative keine Folge zu geben.

Antrag Ruf

Der Initiative Folge geben

Proposition de la commission

La commission propose à l'unanimité de classer l'initiative parlementaire du conseiller national Ruf.

Proposition Ruf

Donner suite à l'initiative

Ruf: Sie werden verstehen, dass ich diese parlamentarische Initiative nicht zurückziehen kann und die fünf Minuten, die mir zur Verfügung stehen, nutze. Die Initiative stammt bereits aus dem Jahre 1985, wurde x-mal traktandiert und immer wieder verschoben. Heute ist sie im Grund der Dinge eigentlich noch aktueller als zum Zeitpunkt des Einreichens.

Der Vorstoss verlangt in verschiedenen Punkten eine umfassende Verschärfung des Asylgesetzes mit dem Ziel, die Attraktivität der Schweiz für Asylsuchende aus wirtschaftlichen Gründen zugunsten der kleinen Minderheit der echten Flüchtlinge – Sie wissen, es sind weniger als 5 Prozent nach Abschluss der Beurteilungsverfahren – zu senken und dadurch zu verhindern, dass unser kleines, stark überfülltes Land noch mehr von einer neuzeitlichen Völkerwanderung betroffen wird!

Die Initiative sieht jedoch auch die Betreuung von Asylbewerbern in deren geographischen Herkunftsregionen vor, womit das ganze komplexe und weltweite Problem mit gleichem oder geringerem Mitteleinsatz viel effizienter und unter Vermeidung zahlreicher gravierender Entwurzelungs- und Integrationsprobleme – eine Folge der Wanderungsströme – angegangen werden könnte.

Wir haben bei der Beratung des dringlichen Bundesbeschlusses zum Asylverfahren in der letzten Session die wichtigsten Elemente der in der parlamentarischen Initiative enthaltenen Konzeption als Rückweisungsantrag beziehungsweise als Detailanträge eingebracht und einlässlich begründet. Ich verzichte, auch aus zeitlichen Gründen, auf eine materielle Erläuterung. Erwartungsgemäss wurden unsere Vorschläge leider abgelehnt, obwohl die bundesrätliche Asylpolitik krass versagt hat, wie sich leider je länger je mehr zeigt, und nicht in der Lage ist zu verhindern, dass die kleine, stark überfüllte Schweiz von immer mehr unechten Flüchtlingen aus aller Welt überflutet wird!

Auch die dritte Revision des Asylverfahrens wird leider keine wesentliche Besserung der bisherigen Misere bewirken, weil die Attraktivität unseres Landes für Wirtschaftsasylanten nicht beseitigt, sondern erneut vorwiegend Verfahrenskosmetik betrieben worden ist. Angesichts der sich dramatisch zuspitzenden Lage im Asylbereich sind eingreifende Massnahmen im Sinne der parlamentarischen Initiative unerlässlich! Der Unmut im Volke, Sie wissen es sehr wohl, in den Kantonen und in den Gemeinden wächst ständig angesichts der sich verschärfenden Unterbringungsprobleme sowie der zunehmenden Missbräuche des Asylrechts durch Betroffene. Lesen Sie als Beispiel einmal Seite 3 des heutigen «Blick», vor allem aber die Leserbriefe auf Seite 8. Dann bekommen Sie einen Eindruck davon, wie die Stimmung im Volke ist.

Ich weiss, dass mein Appell an Sie erneut vergeblich ist. Aber denken Sie einmal auch an das Volk, an Ihre Wähler und vor allem auch an die Tatsache, dass unser Land bereits einen viel grösseren Ausländeranteil hat als andere Staaten. Alles in allem sind es mehr als 1,5 Millionen, wenn man alle Kategorien, auch die nichtoffiziellen, mitzählt. Die Schweiz kann aus ökologischen, demographischen und kulturellen Gründen aber sicherlich kein Einwanderungsland sein! Deshalb beantrage ich Ihnen Ueberweisung der Initiative an die Kommission, die den Text bekanntlich noch abändern beziehungsweise einen eigenen Vorschlag unterbreiten kann.

Fischer-Hägglingsen, Berichterstatter: Sie haben mitbekommen, dass diese parlamentarische Initiative im Vorfeld der zweiten Revision eingereicht worden ist. Wir haben anlässlich der zweiten Revision des Asylgesetzes eingehend über die Anträge von Herrn Ruf diskutiert und sie abgelehnt. Seither haben wir, nämlich in der Junisession, eine dritte Revision durchgeführt. Es wäre ohne weiteres möglich gewesen, dass Herr Ruf seine Vorschläge im Rahmen dieser Revision wieder eingebracht hätte. Es wäre ihm aber vermutlich das gleiche Schicksal zuteil geworden wie bei der zweiten Revision. Darum beantrage ich Ihnen, dieser parlamentarische Initiative keine Folge zu geben. Sie verfolgt letztlich das Ziel, unser Asylrecht, so wie wir es konzipiert haben, aus den Angeln zu heben. Das können wir nicht verantworten.

Fischer-Hägglingsen, Berichterstatter: Sie haben mitbekommen, dass diese parlamentarische Initiative im Vorfeld der zweiten Revision eingereicht worden ist. Wir haben anlässlich der zweiten Revision des Asylgesetzes eingehend über die Anträge von Herrn Ruf diskutiert und sie abgelehnt. Seither haben wir, nämlich in der Junisession, eine dritte Revision durchgeführt. Es wäre ohne weiteres möglich gewesen, dass Herr Ruf seine Vorschläge im Rahmen dieser Revision wieder eingebracht hätte. Es wäre ihm aber vermutlich das gleiche Schicksal zuteil geworden wie bei der zweiten Revision. Darum beantrage ich Ihnen, dieser parlamentarische Initiative keine Folge zu geben. Sie verfolgt letztlich das Ziel, unser Asylrecht, so wie wir es konzipiert haben, aus den Angeln zu heben. Das können wir nicht verantworten.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission (keine Folge geben)	75 Stimmen
Für den Antrag Ruf (Folge geben)	2 Stimmen

Parlamentarische Initiative (Ruf) Asylgesetz. Revision

Initiative parlementaire (Ruf) Loi sur l'asile. Révision

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1990
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	09
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	85.242
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	26.09.1990 - 16:00
Date	
Data	
Seite	1617-1623
Page	
Pagina	
Ref. No	20 018 991

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.